

## Anno ... 39. Woche

1883, 25. September: Georgi Plechanow gründet in Genf mit Wera Sassulitsch, Pawel Axelrod u. a. die Gruppe »Befreiung der Arbeit«. Sie spielt eine große Rolle in der Verbreitung des Marxismus unter russischen Revolutionären und gibt die »Bibliothek des modernen Sozialismus« heraus.

1913, 26. September: Vor dem Hintergrund des Balkankrieges spricht Rosa Luxemburg in Frechenheim bei Frankfurt/Main vor Zehntausenden: »Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsre französischen oder andern Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!« Luxemburg bekommt wegen dieser Rede ein Strafverfahren und wird Anfang 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

1923, 26. September: Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) verhängt den militärischen Ausnahmezustand über das ganze Deutsche Reich. Er setzt mit Hilfe des Artikels 48 die Verfassung weitgehend außer Kraft und überträgt die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister Otto Geßler (DDP). Die Regierung verkündet den Abbruch des »passiven Widerstands« gegen die Rheinlandbesetzung. Generalleutnant Müller, Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, wird die vollziehende Gewalt in Sachsen übertragen. Er erläßt ein Verbot von Streiks in »lebenswichtigen Betrieben« sowie von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel, andere Versammlungen sind von der Genehmigung des Militärs abhängig. Geßler droht mit der »Reichsexekutive« zur Absetzung der sächsischen Regierung.

1928, 26. September: Unterschlagungen des KPD-Bezirkssekretärs Wasserkante, John Wittorf, werden von einer Gruppe von Mitgliedern des Zentralkomitees der KPD um Heinrich Brandler und August Thalheimer zum Anlaß für einen Angriff auf den Vorsitzenden Ernst Thälmann genutzt. Eine ZK-Mehrheit beschließt bei Abwesenheit vieler Gremiumsmitglieder die Suspendierung Thälmanns. Dagegen erheben sich heftige Proteste aus der Partei. Auf einer Konferenz am 3./4.11. in Berlin werden die Angriffe auf Thälmann und die »partei-feindliche Fraktionstätigkeit« der »Rechtsopportunisten« zurückgewiesen. Nach weiteren Auseinandersetzungen werden Brandler, Thalheimer u. a. im Dezember aus der KPD ausgeschlossen.

1968, 25. September: Eine Pressekonferenz in Frankfurt/Main gibt die Bildung eines Bundesausschusses für die Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei bekannt. In der Erklärung heißt es: »Wir handeln, weil wir feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gegenwärtig keine politische Partei findet, die ihre demokratischen Gegenwartsinteressen konsequent vertritt und mit den gesellschaftspolitischen Forderungen für eine sozialistische Zukunft verbindet.« Die neue, der KPD in der BRD nachfolgende kommunistische Partei trägt den Namen Deutsche Kommunistische Partei.

<https://www.jungewelt.de/artikel/112804.anno-39-woche.html>